



**Netz gegen Rassismus,
für gleiche Rechte**

**Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte
Koordinierung: DGB Bundesvorstand**

**Bewertung der Positionen der
Parteien in den Wahlprogrammen
zum Thema Migration für die
Bundestagswahlen 2002**

Berlin, 19. August 2002

Netz gegen Rassismus für gleiche Rechte
Koordinierung: DGB Bundesvorstand

Redaktion:
DGB Bundesvorstand
Abteilung für internationale & europäische Gewerkschaftspolitik
Referat Migrationspolitik
Volker Roßocha

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Tele: 030-240 60-342
Fax: 030-240 60-408

I. Vorwort

Das „Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte“ ist ein Zusammenschluss von ca. 100 Nichtregierungsorganisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, gemeinsam gegen Rassismus einzutreten und gleiche Chancen und Rechte für alle Gruppen der Bevölkerung zu schaffen. Im Wissen um die unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsschwerpunkte, wollen sie auch die nationale und europäische Politik mitgestalten.

Das Netz hat im März 2000 einen „Vorschlag für einen Aktionsplan gegen Rassismus“¹ beschlossen. Mit ihm soll deutlich werden, dass Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung nur nachhaltig beseitigt werden können, wenn einerseits die Rahmenbedingungen für eine zivile demokratische Gesellschaft verändert werden und andererseits alle gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Einrichtungen ihre Verantwortung für die Gesellschaft annehmen. Mit dem Aktionsplan will das Netz einen Beitrag für ein vernetztes Denken leisten und fordert „Bundes- und Landesregierungen, aber auch die Kommunen auf, im Rahmen ihrer Handlungskompetenzen eine `Mainstreaming-Strategie gegen Rassismus, für Akzeptanz und Gleichbehandlung` zu entwickeln“.

Der Aktionsplan formuliert für die politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen folgende Maxime: **„Alle Maßnahmen, die Vorurteile bestätigen, müssen vermieden werden; alles, was zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie zwischen Mehrheits- und Minderheitengesellschaft führt, muss unternommen werden. ... Dabei darf der gesellschaftlich notwendige Disput nicht ausgrenzend, sondern muss sachlich und zivil geführt werden.“**²

Unter dieser Maxime und anhand der im Aktionsplan enthaltenen Forderungen bewertet das Netz gegen Rassismus die Wahlprogramme der Parteien für die Bundestagswahl im September 2002.

¹ Zu beziehen bei: DGB-Bundesvorstand, Referat Migrationspolitik

² Aktionsplan des Netzes, Seite 7. Dieses Grundverständnis ist im Aktionsplan handlungsleitend für die in verschiedenen Handlungsfeldern vorgeschlagenen Maßnahmen.

II. Gesamtbewertung

Die für die Arbeit des „Netzes gegen Rassismus, für gleiche Rechte“ wichtigen Themenbereiche, wie die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, die Nichtdiskriminierungs- und Gleichbehandlungspolitik sowie der Schutz von ethnischen Minderheiten werden, mit Ausnahme der CDU/CSU in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien aufgegriffen. Migrations- und Integrationspolitik ist Thema in den Wahlprogrammen aller Parteien.

Die Zielsetzungen und die Leitgedanken unter denen die Parteien ihre Einschätzungen von der gesellschaftlichen Entwicklung und über die Situation der in Deutschland lebenden Minderheiten sowie den daraus resultierenden Forderungen stehen häufig im Widerspruch zu den Positionen des Aktionsplanes.

Für die CDU/CSU steht die Bewahrung der Identität Deutschlands im Mittelpunkt ihrer Überlegungen für eine künftige Migrations- und Integrationspolitik. Aus dieser grundsätzlichen Zielbestimmung, die auch als Kapitelüberschrift genutzt wird, beschreibt sie die Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft als belastend für die einheimische Bevölkerung und kritisiert die Politik der Bundesregierung und das Zuwanderungsgesetz.

Für die SPD ist eine pluralistische Gesellschaft nicht denkbar ohne die gegenseitige Anerkennung und den gegenseitigen Respekt sowie die Toleranz und die Achtung der Menschenwürde. Ihre Positionen zur interkulturellen Gesellschaft und zur Bekämpfung des Rassismus sind daher im Kapitel „Politik für ein demokratisches Land mit offener Kultur und freien Medien“ zusammengefasst. Der Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik ist ein eigenes Kapitel mit der Überschrift „Zuwanderung“ gewidmet.

Bei Bündnis 90/Die Grünen steht die „Gesellschaftliche Demokratisierung“ als Leitgedanke für die Bekämpfung des Rechtsextremismus und für die Migrationspolitik im Vordergrund und im Wahlprogramm der FDP eine „Politik für ein freies und sicheres Deutschland“. Die PDS³ greift diese Themenstellungen im Kapitel „Freiheit, Demokratie und Sicherheit in der offenen Gesellschaft“ auf.

Das Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte sieht in der Zunahme rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung, in Deutschland und Europa, und bei den rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierten Angriffen und Anschlägen sowie im Anstieg der Zahl gewaltbereiter rechtsextremer Jugendlicher und Erwachsener, ein deutliches Warnsignal für den Verlust an demokratischer Orientierung. Als Folge mangelnder Lösungsstrategien für die Folgen der Globalisierung und der

³ Die PDS bleibt bei vielen der Forderungen, insbesondere zur Einwanderungs- und Integrationspolitik sehr allgemein.



Netz gegen Rassismus,
für gleiche Rechte

fortdauernden hohen Arbeitslosigkeit nehmen Parteien- und Demokratieverdrossenheit zu.

Positionen wie „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ und die Kampagne der CDU im Rahmen der Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft legitimieren bzw. verstärken mit ihrem ausgrenzenden Charakter fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen in der Bevölkerung. Verbunden mit dem Dogma ist eine politische und rechtliche Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile. Es hat insgesamt die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft eingeschränkt und die Integrationsbereitschaft der Zugewanderten belastet.

Das Netz gegen Rassismus ist der Überzeugung, **Deutschland war, ist und wird ein Einwanderungsland sein**. Für die notwendige gesellschaftliche und politische Öffnung – auch im Hinblick auf die europäische Integration – ist die Frage, ob Deutschland ein klassisches Einwanderungsland⁴ oder ein faktisches Einwanderungsland⁵ ist, nicht von Belang.

Im Widerspruch zu den Überzeugungen des Netzes gegen Rassismus, für gleiche Rechte stehen die Aussagen im Programm der CDU/CSU zur Zielsetzung der Integration (S. 62). Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt von vielfältigen Lebensformen, Religionen und Kulturen – und dies unabhängig von der Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten. Die Forderung gegenüber den Migranten, die Traditionen und Wertvorstellungen „unserer Gesellschaft“ zu akzeptieren ist der sogenannten Leitkultur-Debatte entlehnt⁶. Sie vermittelt den Eindruck einer homogenen Gesellschaft, an die sich Einwanderer anzupassen hätten. Das Netz stimmt an dieser Stelle ausdrücklich den Vorstellungen im SPD-Wahlprogramm zu, nach der ein friedliches Miteinander voraussetzt, dass „die Vielzahl der Kulturen in Deutschland als gleichwertig anerkannt wird“⁷.

Dieses klare Bekenntnis zu einer pluralistischen Gesellschaft, in der die unterschiedlichen Kulturen und Lebensformen ihren gleichberechtigten Platz finden, ist unvereinbar mit den Äußerungen des Bundesinnenministers Schily, der in einem Interview in der Süddeutschen

⁴ Im Wahlprogramm der CDU/CSU (S. 60) wird erklärt, Deutschland könne „aufgrund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Situation aber kein klassisches Einwanderungsland“ werden.

⁵ Siehe Seite 62 des FDP-Programms: „Für eine umfassende und klare Regelung der Zuwanderung fehlte den anderen Parteien jedoch bis jetzt der Mut. Diese Inkonsequenz führte zu erheblichen Problemen, da Deutschland aus seinem Selbstverständnis heraus nicht auf eine dauerhafte Zuwanderung eingestellt war.“

⁶ Heiner Geißler sieht in seinem Buch „Vom Unglück unserer Zeit – Intoleranz“ die Gefahr, dass mit der Forderung nach deutscher Leitkultur und nationaler Identität bewusst oder unbewusst ein Nationenbegriff bestätigt werden solle, der auf eine tradierte geschichtlich-ethnische Definition der Nation setzt. „Die Begriffe ‚deutsche Leitkultur‘ und ‚nationale Identität‘ passen nicht in unsere Zeit, weil sie einem Staat verordnet werden sollen, der schon vor Jahrzehnten die völkische Homogenität verloren hat. Er ist darauf angewiesen, dass alle – entsprechend Artikel 3 und 4 des Grundgesetzes – nach ihrer Façon leben und glücklich werden können, wenn die Einheimischen und die Zugewanderten friedlich zusammen leben wollen.“ (Seite 162)

⁷ SPD-Wahlprogramm, Seite 64

Zeitung eine Assimilierung als beste Form der Integration bezeichnete. Gerade Migrantinnen und Migranten, die bereits lange in Deutschland leben und mit zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung beigetragen haben, fühlen sich durch diese Vorstellung von Integration diskriminiert.

Das Netz gegen Rassismus für gleiche Rechte engagiert sich für den Schutz von Minderheiten, für ein Klima der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen und Kulturen. Daher wird ausdrücklich begrüßt, dass alle Parteien – mit Ausnahme der CDU/CSU – auch in Zukunft dieses zivilgesellschaftliche Engagement unterstützen wollen⁸. Gleichwohl konzentrieren sich die Parteien bei ihren Vorstellungen zur Bekämpfung des Rassismus auf organisierte Formen des Rechtsextremismus und auf die Verhinderung von gewalttätigen Übergriffen. Mit Verboten offen rechtsextremer Organisationen, so richtig sie im Einzelfall auch sein mögen, um den Organisationen die rechtlichen Grundlagen für ihre Aktionen zu entziehen, so wenig tragen sie aber zu einem nachhaltig wirkenden Perspektivenwechsel bei.

Das Netz gegen Rassismus hält an seiner Forderung zur Entwicklung einer gesellschaftlichen und politischen Strategie zur Förderung gleicher Rechte und zum Abbau von Vorurteilen fest. Das Netz fordert von der künftigen Bundesregierung und den sie tragenden Parteien – unmittelbar nach der Bundestagswahl – mit den Nichtregierungsorganisationen in einen Diskussionsprozess einzutreten, mit dem Ziel der Verabschiedung eines Aktionsplanes gegen Rassismus.

III. Einzelne Themenstellungen

1. Nichtdiskriminierungspolitik

Im „Vorschlag für einen Aktionsplan gegen Rassismus“, aber auch in verschiedenen Stellungnahmen zur europäischen und nationalen Nichtdiskriminierungspolitik haben die Nichtregierungsorganisationen und das Netz gegen Rassismus⁹ die rechtliche und tatsächliche Gleichbehandlung von Menschen ohne Unterschied der Herkunft, der Hautfarbe, der Kultur und Religion, der sexuellen Orientierung und des Geschlechts als eine wichtige Voraussetzung für ein gleichberechtigtes Zusammenleben eingefordert.

⁸ Diese Position ist bei der SPD unter der Überschrift „Gegen Rassismus“, bei B90/Die Grünen unter dem Titel „Für Toleranz und demokratisches Miteinander“, bei der FDP unter „Extremismusbekämpfung“ und bei der PDS unter der Überschrift „Rechtsextremismus bekämpfen“ beschrieben.

⁹ Netz gegen Rassismus, Mai 2001. „Bewertung der Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft zur Verwirklichung des Art. 13 des EG-Vertrags in der Fassung des Amsterdamer Vertrages und deren Umsetzung in nationales Recht“.



Netz gegen Rassismus,
für gleiche Rechte

Nicht zu akzeptieren ist daher, dass die Bundesrepublik Deutschland bislang – trotz eingegangener Verpflichtung – die Richtlinien der Europäischen Union zur Gleichbehandlung nicht durch die Verabschiedung eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes umgesetzt hat.

Der zum Ende dieser Legislaturperiode vom BMJ vorgelegte Entwurf für ein zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz beinhaltete zwar das Verbot von Diskriminierung beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen, der Zugang zu Beschäftigung und Bildung, der Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und eine Normenbereinigung blieben unberücksichtigt. Gescheitert ist die parlamentarische Einbringung dieses Minimalentwurfs letztlich am Widerstand der SPD-Bundestagsfraktion.

Negativ ist daher zu bewerten, dass im Wahlprogramm der SPD keine konkrete Äußerung zur Umsetzung der EU-Richtlinien zu finden ist. Positiv ist, dass B90/Die Grünen in ihrem Wahlprogramm ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz fordern¹⁰. Für einen „wirksamen Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten“ tritt auch die FDP ein. „Zu einem wirksamen Schutz von Minderheiten zählt der diskriminierungsfreie Zugang zu Bildung und öffentlichen Ämtern sowie die freie Ausübung von kulturellen Bräuchen und Religionen.“¹¹

Auch wenn sich in den Programmen – mit Ausnahme von B90/Die Grünen – keine konkrete Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz findet, so erwartet das Netz von der künftigen Bundesregierung, dass sie die vom Rat der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Richtlinien umsetzt.

Das Netz fordert, dass unmittelbar nach der Bundestagswahl der Deutsche Bundestag den Diskussionsprozess wieder aufnimmt und einen umfassenden Gesetzentwurf vorlegt und verabschiedet. Die rechtliche Umsetzung ist die eine Seite, die tatsächliche Umsetzung in der Gesellschaft, den Unternehmen und Behörden die andere. Dazu sind neben der Förderung der Chancengleichheit durch entsprechende Programme auch Initiativen zur Sensibilisierung der Bevölkerung notwendig. Der begonnene Diskussionsprozess für eine Kampagne im Rahmen des Forums gegen Rassismus¹² und in den Nichtregierungsorganisationen ist auf verstärkter Basis fortzuführen.

¹⁰ Wahlprogramm von B90/Die Grünen, Seite 45

¹¹ FDP-Wahlprogramm, Seite 85

¹² Das „Forum gegen Rassismus“ ist ein beim Bundesinnenministerium eingerichtetes Gremium, in dem neben Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen auch die staatlichen Stellen vertreten sind. Im Jahr 2001 hat das Forum eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Umsetzung der Richtlinien zu begleiten. Bestandteil der Aufgabenbeschreibung ist die Entwicklung eines Konzepts für eine Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Gleichbehandlung als Wertorientierung einer pluralistischen Gesellschaft. Damit soll auch die rechtliche und politische Umsetzung der Richtlinien unterstützt werden.

2. Bekämpfung des Rassismus

Das Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte ist überzeugt, dass – wie bereits beschrieben – eine gesamtgesellschaftliche Initiative zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus erforderlich ist. Es kritisiert, dass diese Forderung – trotz vielfacher Bekundungen im Bundestag – keinen Eingang in die Wahlprogramme der Parteien gefunden hat.

Rassistische, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen sind in der gesamten Gesellschaft zu finden. Eine Reduzierung dieser Orientierungen auf die ostdeutsche Bevölkerung oder auf die Gruppe der Jugendlichen reduziert die notwendigen Maßnahmen auf sichtbare Phänomene und führt an der Ursachenbekämpfung vorbei.

Die Bundesregierung betrachtet die Bekämpfung des Rechtsextremismus als eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie hat, neben dem Forum gegen Rassismus, das bereits 1997 noch von der alten Bundesregierung als „Nationaler Koordinierungsausschuss für das Europäische Jahr gegen Rassismus“ gegründet wurde, ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ eingerichtet. Die FDP unterstützt in ihrem Programm die „zügige Umsetzung“ des Bündnisses. Die Organisationen des Netzes haben die Einrichtung und insbesondere die erste Veranstaltung zum Verfassungstag im Jahr 2000 kritisiert, da das Bündnis nur nach außen gerichtet ist und damit nicht zu einer Veränderung der Politik, mit ihren teilweise ausgrenzenden Maßnahmen und Äußerungen beiträgt.

Das „Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte“ erwartet von der künftigen Bundesregierung, dass sie die Arbeit des Forums gegen Rassismus auch weiterhin unterstützt und insbesondere die im Rahmen des französisch-deutschen Gipfels im Juni 2001 vereinbarte Erklärung des „Deutsch-Französischen Forums gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“¹³ zum Ausgangspunkt weiterer Aktivitäten macht. Es erwartet eine Überprüfung der Strukturen und der Aufgaben des Bündnisses für Demokratie und Toleranz im Hinblick auf eine stärkere Unterstützung der von den Nichtregierungsorganisationen vorgeschlagenen Maßnahmen.

Das Netz begrüßt, dass die SPD¹⁴ die Initiativen von Jugendlichen und ihren Verbänden auch in Zukunft durch Programme finanziell unterstützen will. Diese Forderung erhebt auch die PDS¹⁵, die auf breite Bündnisse setzt und an der „Forderung nach besserer öffentlicher Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen“ fest-

¹³ Zu beziehen bei: DGB-Bundesvorstand, Referat Migrationspolitik

¹⁴ SPD-Wahlprogramm, Seite 64

¹⁵ PDS-Programm, Seite 20. Im Übrigen setzt sich die PDS für die „Einrichtung einer öffentlichen Beobachtungsstelle für antisemitische, rassistische und rechtsextremistische Aktivitäten“ ein.



Netz gegen Rassismus,
für gleiche Rechte

hält. Konkreter wird darin B90/Die Grünen¹⁶, die Programme zur Stärkung der Zivilgesellschaft, wie CIVITAS verstetigen und „noch deutlicher den ostdeutschen Bedingungen entsprechend ausbauen“ wollen. Eine Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihrer Aktivitäten ist allerdings in der gesamten Bundesrepublik notwendig. Daher wird grundsätzlich die Forderung der FDP¹⁷ unterstützt, die einen jährlichen „Betrag (130 Mio €) für Projekte zur Förderung der kommunalen Jugendarbeit, insbesondere für politische Bildung und soziales Engagement“ festsetzen will.

3. Minderheiten- und Bürgerrechte

Die Bundesrepublik Deutschland räumt bestimmten Bevölkerungsgruppen einen Minderheitenstatus ein und gewährt ihnen dadurch einen besonderen Schutz und garantiert ihre kulturellen Rechte. Die Vereinten Nationen haben bereits 1997 ihre Besorgnis geäußert, dass andere ethnische Minderheiten diesen Schutz nicht genießen. Aus Sicht des Netzes gegen Rassismus, für gleiche Rechte sollte dieser Schutz auch für andere ethnische Minderheiten gelten.

Eine Demokratie braucht die Partizipation aller Einwohner bei politischen Entscheidungen. Zwar erleichtert das neue Staatsangehörigkeitsrecht die Einbürgerung und bietet somit auch die Möglichkeit zur Teilnahme an Wahlen. Dennoch müssen auch ausländische Staatsangehörige an politischen Entscheidungen mitpartizipieren können. Daher fordert das Netz zumindest die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts über den Kreis der EU-Staatsbürger hinaus. In der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung wird diese Forderung aufgenommen, umgesetzt wurde sie bislang nicht.¹⁸

Das Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte begrüßt ausdrücklich die Feststellung im SPD-Wahlprogramm unter der Überschrift „Andersein akzeptieren“, nach der ein friedliches Miteinander voraussetzt, dass „die Vielzahl der Kulturen in Deutschland als gleichwertig anerkannt“ werden. Gleiches gilt für die Forderung nach stärkerer Einbeziehung von Minderheiten in Kunst und Alltagskultur¹⁹.

Auch die Forderungen von B90/Die Grünen, dass Roma, Sinti und Aschkali von der europäischen Union als Volk anerkannt werden sollen²⁰, wird unterstützt. Die PDS²¹ fordert die Erfüllung internationaler Verpflichtungen „zum Schutz der seit Jahrhunderten hier lebenden Minderheiten und zur Förderung ihrer sprachlichen und kulturellen Belange“. Ob dabei allerdings der Begriff „nationale Identität“ zielfüh-

¹⁶ Wahlprogramm von B90/Die Grünen, Seite 50

¹⁷ FDP-Programm, Seite 60

¹⁸ Aktionsplan, Seite 9/10

¹⁹ SPD-Wahlprogramm, Seite 65

²⁰ Programm von B90/Die Grünen, Seite 46

²¹ PDS-Wahlprogramm, Seite 18

rend ist, ist zumindest – anlässlich der, von der CDU/CSU initiierten Identitätsdebatte“ – fraglich. Besser wäre wohl, von einer kulturellen Minderheit zu sprechen.

4. Ein- und Zuwanderung von Arbeitskräften gestalten

Das Netz gegen Rassismus unterstützt einen Perspektivenwechsel von der bisherigen auf Abwehr ausgerichteten Einwanderungspolitik hin zu einer Gestaltung der Migration aus ökonomischen Gründen. Notwendig ist, Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit zu eröffnen, nach Deutschland einzuwandern, um hier zu arbeiten. Organisationen des Netzes haben – trotz Kritik an der generellen Ausrichtung der Arbeitskräftezuwanderung auf einen befristeten Aufenthalt – die vom Bundestag beschlossenen Regelungen begrüßt.

Aus dieser grundsätzlichen Haltung kritisiert das Netz die Auffassung der CDU/CSU, dass es für eine „Arbeitsmigration nach Deutschland nur in Ausnahmefällen eine Rechtfertigung“²² gäbe. Mit dieser Haltung wird verhindert, transparente und überschaubare Regelungen zu schaffen. Die Ablehnung der CDU/CSU für eine Zuwanderung aus demographischen Gründen steht ebenfalls im Widerspruch zu den Auffassungen des Netzes. Insofern besteht hier Übereinstimmung mit dem Wahlprogramm von B90/Die Grünen, die eine Notwendigkeit zur Einwanderung aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen für notwendig hält.

5. Integration

Das Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte ist der Überzeugung, dass Integration nicht die Anpassung oder die Aufgabe der eigenen persönlichen Identität zum Ziele hat, sondern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ermöglichen muss und die kulturelle Vielfalt zu fördern ist. Eine ähnliche Zielsetzung findet sich auch in den Wahlprogrammen der FDP und B90/Die Grünen wieder, die ebenfalls eine Assimilierung ablehnen und die gleichberechtigte Teilhabe zum Ziel der Integration erklären. „Integration ist ein Prozess, dessen Start möglichst mit der Einreise beginnen soll, aber Integration hat kein Ende, dass mit einer – wie auch immer gearteten – Prüfung oder der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit abgeschlossen wird.“²³ Integration setzt nicht nur die aktive Beteiligung der Einwanderer voraus, sondern insbesondere auch einen Veränderungsprozess in der gesamten Gesellschaft. Diesen Gedanken greift auch das Wahlprogramm der SPD auf, in dem der Erfolgswille beider Seiten betont wird und im Kapitel „Anderssein akzeptieren“ feststellt: „Fundamente unserer Gesellschaft sind gegenseitige Anerkennung und gegenseitiger Respekt. ... Ein friedliches

²² CDU/CSU-Wahlprogramm, Seite 61

²³ Position des Netzes zum Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung, Juli 2001

Miteinander setzt voraus, dass die Vielzahl der Kulturen in Deutschland als gleichwertig anerkannt werden.“²⁴

Das Netz stimmt der von B90/Die Grünen formulierten Forderung, die Integrationspolitik zu einer Querschnittsaufgabe²⁵ zu machen zu. Weitergehend ist die Forderung der FDP, die, „um die Bedeutung der Integration als gesamtstaatliche Aufgabe zu unterstreichen, die Integration als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz“²⁶ aufnehmen will.

Im Widerspruch zu den Vorstellungen des Netzes steht die Haltung der CDU/CSU, die unter dem Leitgedanken „Identität Deutschlands bewahren“ die „von Rot-Grün betriebene Umgestaltung in eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft“ ablehnt. Sie reduziert Integration auf einen einseitigen Anpassungsprozeß seitens der Migrant(innen), die „deutsch zu sprechen und sich in die Gesellschaft einzubringen“²⁷ haben.

Das Netz stimmt mit allen Parteien darin überein, dass Integration Geld kostet und der Bund angemessene Finanzmittel zur Verfügung stellen muss, Es reicht allerdings nicht – wie von der SPD gefordert, sich an Integrationskursen für Neuzuwanderer zu beteiligen.²⁸ Der Bund darf sich nicht aus der Verantwortung für die Integrationskosten zu stellen, indem er „vorhandene Integrationsangebote streicht und Länder und Kommunen mit den Kosten der Integration allein lässt.“²⁹ Die von allen Parteien geforderte Verstärkung staatlicher Integrationsanstrengungen kann nur mit einer Aufstockung der Mittel einhergehen, nicht mit einer Reduzierung. Die von der derzeitigen Bundesregierung für den Etat 2003 vorgesehene Kürzungen von Mitteln für Kinderbetreuung, berufliche Integration und Sozialberatung sind daher kontraproduktiv, Das Netz erwartet, dass die im Bundestag vertretenen Parteien, diesen Kürzungen die Zustimmung verweigern werden.

6. Bildung und Ausbildung

Bildung und Ausbildung haben eine Schlüsselfunktion in unserer Gesellschaft, sie sollen den Menschen nicht nur auf das Berufsleben, sondern auch auf seine gesellschaftliche Verantwortung vorbereiten. Sie sollen Erklärungsansätze für gesellschaftliche Zusammenhänge und Methoden zur Bewältigung von Konflikten anbieten.

Unterschiedliche Lebenswelten, in denen Schülerinnen und Schüler aufwachsen sowie vorhandene Fremdsprachenkenntnisse sollten

²⁴ SPD-Wahlprogramm, Seite 65

²⁵ Wahlprogramm von B90/Die Grünen, Seite 45

²⁶ Wahlprogramm der FDP, Seite 65

²⁷ Wahlprogramm der CDU, Seite 62

²⁸ SPD-Wahlprogramm, Seite 60

²⁹ Wahlprogramm der CDU, Seite 62



Netz gegen Rassismus,
für gleiche Rechte

nicht als Problem sondern als Chance begriffen werden. Dennoch stehen Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft, obwohl häufig in Deutschland geboren, im allgemeinen Bildungssystem vor besonderen Problemen. Zwar haben sich die Schulabschlüsse verbessert, dennoch verlassen überproportional viele Jugendliche ausländischer Herkunft ebenso wie junge Aussiedler die Schulen ohne einen Abschluss. Die Gründe reichen von mangelnder deutscher Sprachkenntnis über die soziale Stellung bis hin zum Unvermögen des Schulsystems auf diese speziellen Zielgruppen einzugehen.³⁰

Gefordert sind insbesondere die konsequente Anerkennung sowie die Förderung der Mehrsprachlichkeit in allen Schulformen, der Ausbau von Ganztageschulen sowie eine Veränderung der Pädagogik, mit dem Ziel, interkulturelle Fähigkeiten in den Mittelpunkt zu stellen. Auch B90/Die Grünen und die FDP sprechen sich für eine interkulturelle Erziehung als Regel bzw. für die Förderung der Zweisprachigkeit aus.³¹

Das Netz begrüßt, dass in allen Wahlprogrammen der Parteien die besondere Bedeutung des Bildungssystem für die Integration anerkannt wird. Auch die Forderung, dass gezielte Hilfen beim Erlernen der deutschen Sprache bereits im Kindergartenalter erforderlich sind, wird geteilt³². Insgesamt steht aber der Defizitansatz im Mittelpunkt der Forderungen. Fraglich ist daher, ob die von der CDU formulierte Vision, dass mangelnde Sprachkenntnisse „erkennbare Vorboten eines bedrohlichen sozialen Sprengstoffes“³³ seien, für eine Veränderung der Bildungskonzepte zielführend ist. Eher können durch solche Formulierungen Vorbehalte und Vorurteile verstärkt werden, insbesondere wenn sie mit der Forderung verbunden werden, Schulen mit vielen ausländischen Kindern besonders zu fördern, „damit auch die Schüler die gleichen Chancen wie alle haben, in deren Klassen überdurchschnittlich viele Kinder unterrichtet werden, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen“. So werden die Kinder von Migran(inn)en für schulische Probleme deutscher Kinder verantwortlich und zu Sündenböcken für das Versagen des Schulsystems gemacht.

7. Asyl und Flucht

³⁰ Aktionsplan, Seite 11. Im Kapitel „Bildung und Ausbildung – ein Schlüssel für eine erfolgreiche Integration“ werden Maßnahmen zur allgemeinbildenden Ausbildung, zur beruflichen Ausbildung und zur Aus- und Fortbildung vorgeschlagen, die insbesondere die Förderung der Chancengleichheit zum Ziel haben.

³¹ Wahlprogramm von B90/Die Grünen, Seite 46, im Kapitel „Gesellschaftliche Demokratisierung“. FDP-Programm, Seite 64/65.

³² Gezielte Hilfen im Vorschulalter werden konkret von der SPD und von der FDP gefordert. Die CDU erklärt, dass ausreichende deutsche Sprachkenntnisse möglichst schon vor der Einschulung vermittelt werden sollten. Die PDS setzt auf den Grundschulbereich, in dem die Sprachförderung stattfinden sollte.

³³ Im Wahlprogramm der CDU/CSU heißt es: „Mangelnde Sprachkenntnisse zahlreicher vor allem junger Ausländer, deren häufige Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt und das starke Bildungsgefälle zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen, sind nur einige erkennbare Vorboten eines bedrohlichen sozialen Sprengstoffs in Deutschland.“ (Seite 62/63)



**Netz gegen Rassismus,
für gleiche Rechte**

Nach Auffassung des Netzes gegen Rassismus, für gleiche Rechte muss Deutschland – insbesondere aufgrund seiner historischen Verantwortung und der Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte – auch in Zukunft von Verfolgung und Vertreibung Betroffenen Zuflucht gewähren. Die Aufnahme von Flüchtlingen darf nicht weiter eingeschränkt oder gar wegen der Einwanderung aus ökonomischen Gründen kontingentiert werden. Dies fordern auch B90/Die Grünen und die FDP in ihren Wahlprogrammen³⁴.

Das Netz hält die Schutzgewährung bei nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung für notwendig. Im Widerspruch dazu stehen die Forderungen der CDU/CSU, den Anspruch auf Asyl und Aufenthalt nur zu gewähren, wenn eine staatliche Verfolgung vorliegt³⁵. Die klarste Übereinstimmung findet sich bei B90/Die Grünen. Sie setzen sich für eine uneingeschränkte und umfassende Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention auf nationaler und europäischer Ebene ein. „Die Anerkennung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung und von Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität ist ein Gebot der Flüchtlingskonvention.“³⁶

Die Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingen darf nicht als politische Verhandlungsmasse eingesetzt und wahltaktisch missbraucht werden. Wer aber, wie die CDU/CSU immer wieder einen vermeintlichen Missbrauch des Asylrechts beklagt und daher „Zuwanderungsanreize für nicht anerkennungsfähige Asylbewerber weiter einschränken“³⁷ will, der trägt mit dazu bei, dass vorhandene Vorurteile weiter verstärkt werden.

³⁴ Nach Auffassung von B90/Die Grünen dürfe die Arbeitsmigration „aber nicht gegen den menschenrechtlich begründeten Flüchtlingsschutz ausgespielt werden“ (Seite 46). Die FDP formuliert: „Zuwanderung aus wirtschaftlichen oder anderen nicht humanitären Gründen sowie die Schutzsuche wegen politischer oder sonstiger Verfolgung sind zwei sich im Sinne eines „Zwei-Türen-Modells“ einander ausschließende Tatbestände.“ (Seite 63)

³⁵ CDU/CSU-Wahlprogramm, Seite 61

³⁶ Wahlprogramm von B90/Die Grünen, Seite 46

³⁷ CDU/CSU-Wahlprogramm, Seite 61